Erscheint täglich 1 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 24500 Expl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 5 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Unbindige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. 6 Zeilen kosten 1½ Ngr. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Zeile 2 Ngr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt in Dresden.

Nr. 275. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Freitag, 2. October 1874.**

Politisches.

Nachdem nunmehr die 17 Matrosen des im Eise liegenden Tegetthof von ihrem Führer Weyprecht in Wien den rückständigen 13monatlichen Sold empfangen haben und nach ergreifendem Abschiede in ihre südliche Heimath zurückgekehrt sind, wird sich wohl allmälig das Nordpolfieber der leichtblütigen Wiener legen, um so mehr, da ernste Staatsfragen in den Vordergrund treten. Scheint es doch, als ob in Cisleithanien seit der Prager Reise von Franz Joseph eine der Reaction nahe kommende innere Politik eingehalten werden soll. Daß in den kirchlichen Fragen vor der Hand mit den Reformen Schicht gemacht würde, verstand sich von selbst; aber auch die communale Freiheit scheint bedroht. Statthalter und andere höhere Staatsbeamte äußern sich ganz ungenirt dahin, daß die Freiheit, welche jetzt den österreichischen Stadt- und Landgemeinden gewährt sei, zu viele Unzuträglichkeiten habe und beschränkt werden müsse. Etwas besser klingt die Kunde aus dem Magyarenstaate. Dort haben bei den Manövern die Honveds sich leidlich bewährt, und ein die Tüchtigkeit dieser magyarischen Lieblingstruppe rühmendes Kaiserwort hat die Ungarn in helle Begeisterung versetzt. Schon spricht man davon, jene Truppe mit Specialwaffen zu versehen und zunächst 18 Reiterschwadronen auszurüsten — da kommt der ernste, strenge Finanzminister Ghyzy und erklärt: um die Ehre und Existenz des Staates Ungarn zu retten, müsse erst Ordnung in seine Finanzen gebracht werden. Er hat ein Project entworfen, das darauf hinausläuft, binnen 3 Jahren das Deficit Ungarns zu beseitigen. Sein Project ist einfach genug: Reduction der Ausgaben und Erhöhung der Steuern; aber der Muth, mit dem es in Angriff genommen wird, wirkt schon günstig. Ghyzy beabsichtigt die Einziehung der Hunderte von Millionen betragenden Steuerreste, Besteuerung der Eisenbahn- und Dampfschiffbillets und des Waarentransportes auf diesen Verkehrsstraßen, Erhöhung der Rentensteuer (auf 5 Procent bei Einnahme von 600 Gulden und auf 10 Procent bei höherer Einnahme), endlich eine 10procentige Besteuerung des Reinertrages von Actiengesellschaften. Das sind freilich starke Mittel, die Handel und Verkehr in einem Lande übermäßig belasten, das ohnehin nicht reich an Capital ist, — Niemand aber weiß bessere Mittel vorzuschlagen.

Noch hallt in Frankreich die öffentliche Erörterung über die letzte Wahl nach. Die Republikaner haben in einem sonst sehr monarchisch gesinnten Departement, Maine-et-Loire, ihren Candidaten Maillé durchgesetzt, der bei der Stichwahl sogar noch 6000 Stimmen mehr erhielt, als bei der ersten Wahl. Der Vertreter des Septennats, man kann wohl sagen, der persönliche Candidat des Marschall-Präsidenten Mac Mahon, blieb gegen Jenen um 4000 Stimmen zurück, obwohl ihn die Bonapartisten zum größten Theil unterstützten. Mac Mahon ist über diese Niederlage außerordentlich betroffen, während die Republikaner und — die Legitimisten laut aufjubeln. Letztere deshalb, weil sie sich der Wahl enthielten und so den Sieg des Republikaners ermöglichten. Sie haben damit Mac Mahon einen empfindlichen Denkzettel gegeben. Augenblicklich regt die Gemüther der Franzosen der Kampf um die demnächst bevorstehenden Generalstaatswahlen auf. In den meisten Departements ringen nur die Bonapartisten mit den Republikanern, und jede dritte staatsrechtliche Formel, die sich zwischen Kaiserreich und Republik schiebt — nenne sie sich legitimes Königthum oder Orleanismus — hat nur Aussicht, von den beiden feindlichen Extremen zerrieben zu werden.

Wüthend sind die französischen Ultramontanen darüber, daß, um den dringenden Beschwerden Italiens gerecht zu werden, der französische Minister des Aeußeren, Herzog von Decazes, die politische Mission der an der Tibermündung liegenden französischen Fregatte Orinoco für erloschen erklärt hat. Dieses Kriegsschiff ließen die Franzosen vor Civitavecchia ankern, um dem Papste als letzten Zufluchtsort zu dienen; die Italiener sahen es stets als eine Bedrohung ihres Staates an. Jetzt ist das Schiff nicht mehr zur Disposition des französischen Botschafters beim Papste, sondern unter die Befehle des französischen Marineministers gestellt worden, der es beliebig zurückbeordern kann. Wehklagend ruft Louis Veuillot im clericalen „Univers" aus: „Unter dem Kiele des Orenoque war das Wasser noch römisch, dort, wo sein Anker fiel, war noch päpstlicher Boden. Jetzt hat dieser Boden aufgehört zu existiren, außer vor Gott."

Der englische Premierminister Disraeli leidet nicht nur an der Bräune, sondern auch an der Gicht, und diese beiden Leiden, keinerlei politische Gründe, haben das Aufgeben des Projectes einer irischen Reise zur Folge gehabt. Die Nachricht, daß aus der Reise nach Irland nichts werden könne, hat auf der grünen Insel große Enttäuschung verursacht.

§ Recht still ist es in Deutschland. Auffällig ist der Eifer, mit dem die Berliner Officiösen über den Artikel der „Petersburger Zeitung" herfallen, wornach der Liebesbrief des weißen Zaren an den freundlichen Herrn Don Carlos in Navarra keinerlei Zwietracht zwischen Rußland und Deutschland hervorgerufen habe. Wollen's hoffen! Jedenfalls beweist der Umstand, daß zwischen den Cabinetten von Berlin und Petersburg ein Meinungsaustausch über besagten Liebesbrief stattfand, daß Bismarck in demselben ein Ereigniß ersten Ranges erblickte. Wir wissen zwar, wie viel die Feinde Deutschlands lügen, wenn sie sagen, daß jener Brief beweise, daß die Bismarck'sche Politik es glücklich dahin gebracht habe, den ältesten, verläßlichsten und einzigen Bundesgenossen Preußens zu verlieren, — aber die Sympathieen des russischen Zaren für den Carlismus sind doch ein hartes Stück Brod für uns.

Die Stimmung, um nicht zu sagen die Vorgänge in der bairischen Armee sind ebenfalls ein wichtiger Gegenstand. König Ludwig liebt nicht nur nicht die Soldaten, sondern hat geradezu eine Abneigung gegen sie. Selbst wo er einmal Lob spendet, klingt das frostig. Vor Allem ist ihm die Popularität, die der preußische deutsche Kronprinz in der bairischen Armee genießt, in hohem Grade zuwider. Mit Verdruß sieht er, wie diese Popularität bei den jährlichen Inspectionen des 2. bairischen Corps wächst. Nun beabsichtigte der Kronprinz, heuer auch das 1. bairische Corps zu inspiziren. Dieses rekrutirt sich wesentlich aus Altbaiern. Der Kronprinz mußte aber seine Absicht aufgeben, weil der bairische König ganz unumwunden erklärte: er würde ihn nicht empfangen und „landesverrätherische Huldigungsscenen" nicht dulden. So vertrat bei den Manövern in Niederbaiern der Prinz Luitpold den deutschen Kaiser und zugleich den bairischen König. Während nun aber über die Manöver des 2. bairischen Corps in der Pfalz ein Langes und Breites telegraphirt und correspondirt wurde, krähte über die Manöver des 1. Corps kein Hahn. Das verstimmt nun die Offiziere und Soldaten in hohem Grade, denn der Soldat lebt vom Ruhm und ohne äußere Anerkennung erlahmt sein Eifer. Die Offiziere in ihrer Mehrzahl wünschen ganz unter das Reich gestellt zu werden, während die Soldaten immer offener nach „einem andern König" verlangen. Charakteristisch für die Stimmung in der Armee ist das Gerücht, das sich an die jüngste Reise des Prinzen Leopold nach Hannover knüpfte. Konnte man doch dieser Tage vieler Orten erzählen hören, der Schwiegersohn des Kaisers von Oesterreich habe sich an den Hof des Kaisers Wilhelm begeben, um dort die Absetzung des Königs Ludwig zu erwirken!! Kümmerte sich der bairische König so wie der unsrige um die Wehrkraft seines Volks, so würden solche Dinge sich nicht ereignen.

Locales und Sächsisches.

— Der königl. preußische Gesandte am königl. sächsischen Hofe Graf Solms-Sonnenwalde, ist am Mittwoch frisch von Berlin auf seinen Posten nach Dresden zurückgekehrt.

— Obwohl für gestern der Wiederzusammentritt des Landtags vom kgl. Gesammt-Ministerium angeordnet worden war, brachten es beide Kammern doch nicht zu einer öffentlichen Sitzung. Vielmehr wurde der Tag mit Entgegennahme der Anmeldungen verbracht. Möchte man doch die Berliner Pünktlichkeit einführen! Wenn dort der Zusammentritt des Land- oder Reichstags auf einen bestimmten Tag angeordnet ist, so wird dieselbe auch innegehalten. Unsere Kammern haben aber gerade jetzt nicht überflüssige Zeit zu verlieren, denn sie sollen bis zum Zusammentritt des Reichstags fertig werden.

— Das Mandat von drei Landtags-Abgeordneten ist durch deren Beförderung erloschen. Es sind bekanntlich die Amtshauptleute von Könneritz und Einsiedel zu Kreishauptleuten, der Schuldirektor Dr. Hahn zum Bezirksschulinspektor befördert worden. Wie wir hören, werden diese Herren sofort aus dem Landtag treten, sobald sie in förmlichem Besitze ihrer Ernennungen sind. In ähnlicher Weise nahm auch der jetzige Botschafter des deutschen Reichs in Paris, Fürst Hohenlohe, lange Zeit noch, obwohl seine Beförderung fest stand, an den Sitzungen des Reichstags Theil. Gleichzeitig erlischt das Reichstagsmandat des Herrn v. Könneritz. Derselbe dürfte sich jedenfalls um die Wiederwahl im 14. sächsischen Wahlkreise bewerben. Seiner Zeit war er durch treues Zusammenhalten aller reichsfreundlichen Elemente gegenüber den Social-Demokraten durchgesetzt worden. Da er nun in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter Nichts gethan hat, um das Vertrauen seiner Wähler zu verlieren, so ist wohl zu hoffen, daß nicht von anderer Seite Spaltung unter die reichsfreundlichen Wähler getragen werde.

— Nicht blos unter den Stadtverordneten, sondern im Stadtrathe selbst regen sich vielfach Stimmen, die zu einem besonnenen Vorgehen mit der Aufnahme neuer Millionenanleihen mahnen. Man braucht deshalb nicht in den alten Dresdner Erbfehler der Kleinigkeitskrämerei zu fallen, wenn man sich mit seinen Mitteln nach der Decke streckt. Millionen sind heutzutage rasch aufgenommen, schwerer aber verzinst oder gar zurückgezahlt. Sehe man nicht blos nach dem Wünschenswerthen, sondern auch auf die Steuerkraft des Bürgers!

— Bezüglich der Wasseruhren geht uns von glaubwürdiger Seite die Mittheilung zu, daß selbst der vollkommenste dieser Messer immer noch große Mängel aufweist. Zwar zeigt er die Masse des durchgeflossenen Wassers genau an, wenn das Wasser in starkem Strahle durchströmt; hingegen geht er unrichtig, wenn man den Hahn nur ein Stückchen aufgemacht und etwa behufs Hinterziehung von Wasserabgaben das Wasser nur herausträpfeln hat lassen. Keinesfalls kann man den Bürgern zumuthen, solche theure und unvollkommene Messer sich anzuschaffen; denn wenn ein vollkommenerer erfunden ist, sollen da etwa die Bürger genöthigt werden, sich die neuen Instrumente anzuschaffen? Ueberhaupt beachte man bei der Besteuerung des auf den eigentlichen Hausbedarf kommenden Wassers den Grundsatz, daß man eine Wohlthat, wie die Wasserleitung, nicht durch allerhand Maßregeln wieder verleiden soll.

— Noch immer verharren unsere Fleischer bei den hohen Fleischpreisen, obwohl die Bauern aus Mangel an Futter ihr Vieh immer billiger verkaufen und jetzt auch durch Wildpret eine nicht unbedeutende Concurrenz auf den Fleischmarkt gebracht ist. Gleichzeitig steigt die Butter auf Preise, über die unsere Hausfrauen laut jammern, während der Familienvater oft nicht weiß, woher das Geld nehmen? Ein fünf Monate lang andauernder Mangel an Regen mag die Butterteuerung wohl erklären, aber derselbe Grund: Mangel an Futter, müßte doch die Fleischpreise erniedrigen helfen. Was denken sich denn unsere Fleischer, wenn im nächsten Frühjahre wegen des vielen geschlachteten Viehes allenfalls eher ein höherer Fleischpreis eintreten könnte, wie hoch das Fleisch im Preise steigen soll? Mögen sie das Sprichwort: Allzu scharf macht schartig! berücksichtigen und bedenken, daß eine auf Kosten des Publikums erfolgende Ausbeutung der jetzigen Conjunctur nie ohne Rückschlag bleibt.

— Gestern Vormittag hat in dem großen Saale des Polizeigebäudes die feierliche Einführung und Verpflichtung des an Stelle des zum Polizeidirector in Chemnitz erwählten Herrn Polizeirath Dr. Urban neu ernannten zweiten Rathes bei der k. Polizeidirection, Herrn Hofrath v. Bose, durch Herrn Polizeidirector Schwauß vor dem versammelten Executiv- und Bureaupersonale stattgefunden. Dieser Einweisung schloß sich die Verpflichtung eines neuen Referendars, des Herrn Taubert aus Pirna, und zweier Bureau-Beamten an.

— Anläßlich des Geburtstages der Kaiserin-Königin Augusta von Preußen (geboren 1811) trugen am 30. September die Reichspostillione Galla: den zweiten Hut mit Federstutz und die rothe Schärpe.

— Der Schäfer und das Haupt der internationalen Social-Demokratie, Dr. Carl Marx aus London, wohnte in voriger Woche mit seiner jüngsten Tochter Eleanor von der Tribüne aus der Volksversammlung bei, welche das Anwerben von neuen Abonnenten für den „Volksboten" zum Zweck hatte und schließlich so stürmisch verlief, daß sie aufgelöst werden mußte. Dr. Marx hatte sich, unangefochten und wohl auch unerkannt von der österreichischen Polizei unter falschem Namen zum Kurgebrauch in Karlsbad aufgehalten; auch hier hatte er sich nur seinen Gesinnungsgenossen zu erkennen gegeben und schließlich hat er auch völlig ungestört die Rückreise nach London über Berlin genommen.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten den 30. September. Vorsitzender: Herr Hofrath Ackermann. Nach einigen Urlaubsertheilungen wird ein vom Stadtv. Richter geschenkter, besonders werthvoller, topographischer Plan von Berlin mit Dank dem Archiv einverleibt. Wie neulich, waren auch diesmal mehrere Herren unentschuldigt ausgeblieben; es sind an diesen, die Herren Dr. Michaloki, Jaeger und Dr. Hoffmann, die schriftliche Ermahnung erhalten, während in den vierten Fehlenden, Herrn Gebl, eine Strafverfügung zur Bezahlung von 10 Ngr. erlassen wird, weil er trotz der ihm vor acht Tagen gewordenen schriftlichen Ermahnung auch heute nicht erschienen und nicht für nöthig erachtet hat, sich wenigstens zu entschuldigen. Die Strafe von 10 Ngr. wird von verschiedenen Seiten als „lächerlich" ob ihrer Geringfügigkeit halber bezeichnet. Läßt sich aber vor der Hand laut § 55 der Geschäftsordnung nicht erheben; sollte sich aber Herr Gebl durch Charrlichkeit im Ausbleiben noch ferner hervortun, so wird die Strafe von Fall zu Fall höher. Der schon früher entworfene Tarif zur Leichenbestattungsordnung ist vom Stadtrath bis Ende des Jahres 1875 für die städtischen Begräbnisse festgestellt worden und findet die diesseitige Zustimmung. Ein XIV. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Haushaltplan 1874, den Referendars und Differenzen bezüglich der Berichterstattung und des Mordaldsoldungsetats ruft zwar zu einigen formellen Punkten längere Debatten hervor, wird aber schließlich in allen seinen Anträgen angenommen. Da es sich hier lediglich nur um Geschäftsverfahren bei Aufstellung des Haushaltplanes und um ganz unbedeutende Momente handelt, übergehen wir diesen Bericht. Die Ertheilung einer bei der Einnehmerstelle an der Waisenhausstraße erparten Monatsgehaltes unter mehrere Steuereinnehmer, welche während eines Monats die Einnehmerverrichtungen dort stellvertretend und abwechselnd mit besorgt haben, lehnt das Collegium in Rücksicht auf bedenkliche Consequenzen solcher Neuerung ab. Stv. Friedrich wollte den Stadtrath ersuchen, darüber Mittheilung zu geben, wie und für was die Verwendung solcher Gelder, welche für veranschlagte Baulichkeiten bewilligt und theilweise wieder zurückgezogen werden, wie z. B. bei der projectirten Wasserleitung für Neustadt, stattgefunden hat. Diesen Antrag lehnt das Collegium, nachdem St.-V. Fechner Herrn Friedrich auseinandergesetzt hat, daß solche Gelder eben in der Stadtkasse liegen bleiben und beim Abschluß am Jahre sich als Ausgaben für irgend einen anderen Zweck mit verrechnet finden, auf sich beruhen. Ferner erklärt sich Collegium mit Herstellung neuer Schleusen auf der großen und kleinen Frohngasse und kleinen Kirchgasse einverstanden und genehmigt, daß die Herstellungskosten derselben von den bei dem Schleusenbau in der Waisengasse und Weißegasse ꝛc. gemachten Ersparnissen entnommen werden, jedoch unter der Bedingung, daß hierdurch eine Ueberschreitung der im Haushaltplan genehmigten Position von 12,578 Thlr. nicht stattfinde, lehnt einen besonderen Zuschuß zur Pensionirung der Kassenverwalterin im Stadtkassenfonde ab und bewilligt dagegen die Verwendung von 380 Thlr. 25 Ngr. zur Anlage eines Profils in der Directorialstraße der V. Bezirksschule. Wen jetzt will das Collegium hinsichtlich der Ergänzung und Erweiterung des Röhrennetzes der neuen Wasserleitung darauf beschränken, daß Verlegungen auf neuen Straßen nur erst dann vorgenommen werden sollen, wenn letztere bebaut sind, und macht sich hierauf über eine Erhöhung des Grundzinses für den Sängerablagerungsplatz schlüssig. Wegen der Verlegung des Neustädter Marktes hat der Stadtrath zum Rückzug geblasen; er sieht ein, daß seine Neigung, den Markt an die Dreikönigskirche oder sonst wohin zu legen, eine solche war, mit der er vereinsamt stehen blieb; er ist von seinem Beschlusse wenigstens für jetzt zurückgetreten. Ueber das zu errichtende Siegesdenkmal entspinnt sich eine lange Debatte. Dieses Denkmal war bekanntlich bereits früher in diesem Saale mit etwa 30,000 Thlr. in Anschlag gebracht worden; nach der neueren Berechnung aber, die Herr Bildhauer Henze aufgestellt hat, sind nunmehr 62,500 Thlr. nöthig, welche, wie St.-V. Herfurth, der entschieden gegen die Verwendung einer so großen Summe ist, behauptet, schließlich auch noch nicht langen und noch auf 100,000 Thlr. steigen werde. Der Verwaltungs- und Finanzausschuß schlug vor: „Collegium wolle dem Stadtrath erklären, daß es bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt — es muß schon wieder eine neue Anleihe an die Stadt in Aussicht genommen werden — Bedenken tragen müsse, eine Summe von der veranschlagten Höhe zu dem vorliegenden Zwecke zu bewilligen, daß es aber auch eine Vereinfachung des Henze'schen Projects durch andere Gestaltung des Unterbaues und damit eine wesentliche Ermäßigung des Herstellungspreises für möglich und selbst im Interesse des Denkmals liegend halte, und demgemäß beantragen, daß der Stadtrath neuerdings in diesem Sinne mit Herrn Henze in Verhandlung treten oder wegen einer anderweiten Projection das Nöthige veranlassen möge." Daß das Kriegsministerium das erbetene Kanonenmetall unter der Erklärung abgelehnt hat, die Errichtung dieses Denkmals „liege den Interessen der kgl. sächs. Armee zu fern", erregt laut's Mißfallen, hört! hört! tönt's von allen Seiten. Mehrere Redner halten sich mit dem Votum nicht einverstanden und Adv. Lehmann will die ganze Sache noch einmal einer gemischten Deputation übergeben sehen, findet aber keine Unterstützung. Auch Adv. Krause und Goldschläger Schulze halten die Errichtung eines imposanten Denkmals für eine Ehrensache der Stadt. Nach langer Debatte findet jedoch das obige Votum der Ausschüsse Annahme, ebenso